

10/SN-176/ME 1 von 6



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 10.043/42-I 3/92

An das
Präsidium des Nationalrates
Dr. Karl Renner-Ring 3

W i e n

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl.	60 -GE/19.92
Datum: 22. JULI 1992	
Verteilt 23. Juli 1992 <i>See</i>	

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

J. Klausgruber

Telefon
0222/52 1 52-0*

Telefax
0222/52 1 52/727

Fernschreiber
131264 jusmi a

Teletex
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Güterbeförderungsgesetz und zum Gelegenheitsverkehrs-Gesetz (EWR-Anpassungs-Novellen)

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich, 25 Ausfertigungen seiner Stellungnahme zu dem angeführten Gesetzesentwurf zu übersenden.

15. Juli 1992

Für den Bundesminister:

Zetter

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

[Handwritten signature]



REPUBLIK ÖSTERREICH
BUNDESMINISTERIUM FÜR JUSTIZ

GZ 10.043/42-I 3/92

An das
Bundesministerium für öffent-
liche Wirtschaft und Verkehr

W i e n

Museumstraße 7
A-1070 Wien

Briefanschrift
A-1016 Wien, Postfach 63

Telefon
0222/52 1 52-0*

Telefax
0222/52 1 52/727

Fernschreiber
131264 jusmi a

Teletex
3222548 = bmjust

Sachbearbeiter

Klappe

(DW)

Betrifft: Entwurf einer Novelle zum Güterbeförderungsgesetz und zum Gelegenheitsverkehrs-Gesetz (EWR-Anpassungs-Novellen).

zu Z 124.115/1-I/2-92

Das Bundesministerium für Justiz beehrt sich mit Beziehung auf das Schreiben vom 4.6.1992 zum oben genannten Gesetzesentwurf Stellung zu nehmen wie folgt:

Zu Z 2 (§ 5 Abs.2 Z 1) des Güterbeförderungsgesetzes und Z 4 (§ 5 Abs.2 Z 1) des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes:

Den Erläuterungen ist als Begründung für die vorgeschlagene Neufassung des § 5 Abs. 2 Z 1 lediglich zu entnehmen, daß damit der Richtlinie des Rates der EG vom 12. November 1974, 74/562/EWG, in der Fassung der Richtlinie 89/438/EWG des Rates der EG vom 21. Juni 1989, 89/438/EWG, entsprochen wird. Nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz sollte aber dabei nicht übersehen werden, daß die Richtlinien der EG lediglich die Einhaltung eines bestimmten, allgemein umschriebenen Standards sicherstellen sollen und daher in solchen Richtlinien mög-

- 2 -

lichst allgemeine Formulierungen (wie die einer "schweren strafrechtlichen Verurteilung") verwendet werden. Durch eine dem jeweiligen innerstaatlichen Rechtsbereich entsprechende Konkretisierung bzw. Adaptierung dieser Vorschriften wird einer EG-Richtlinie keineswegs widersprochen; vielmehr würde deren Übernahme ohne entsprechende "Transformation" in das innerstaatliche Recht zu Unklarheiten und mangelnder Übereinstimmung mit anderen innerstaatlichen Rechtsvorschriften führen.

Der im Entwurf verwendete Begriff eines "schweren strafrechtlichen Deliktes" ist zwar in der Umgangssprache gebräuchlich, der österreichischen Rechtsterminologie jedoch fremd und entspricht auch kaum dem verfassungsrechtlichen Bestimmtheitserfordernis einer gesetzlichen Vorschrift.

Abgesehen davon entspricht die Verwendung aber auch nicht den Intentionen der zur Begründung der Novelle herangezogenen EG-Richtlinie, die - obwohl sie allgemein und für den innerstaatlichen Bereich in dieser Form nicht verwendbar ist - im Prinzip richtig von einer "schweren strafrechtlichen Verurteilung" spricht, also offensichtlich auf das Ausmaß der im Einzelfall verhängten Strafe abstellt.

Im Entwurf wird auch übersehen, daß nach der EG-Richtlinie durch eine "Rehabilitierung oder eine andere Maßnahme gleicher Wirkung" die negativen Folgen einer solchen "schweren strafrechtlichen Verurteilung" aufgehoben werden.

Schließlich ist der Zusatz "insbesondere auch wegen Verstöße im Bereich der wirtschaftlichen Betätigung" nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz aufgrund seines völlig unbestimmten Inhaltes und seines lediglich demonstrativen Charakters entbehrlich und sollte daher entfallen.

Fragt man sich, welche Verurteilung als "schwer" zu bewerten ist, so bieten sich nach Ansicht des Bundesministeriums für Justiz zwei Möglichkeiten an:

- Man sieht eine Bestimmung nach Art des den Amtsverlust und andere Rechtsfolgen regelnden § 27 des Strafgesetzbuches vor, der diese Folgen an eine Verurteilung "wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe" knüpft (dies entspräche auch der Regelung des Art. VIII Abs. 2 des Strafrechtsanpassungsgesetzes, in der Verurteilungen wegen Straftaten, die nach dem (alten) Strafgesetz als "Verbrechen" bewertet worden waren, auf diese Weise umschrieben wurden).

- Im konkreten Zusammenhang, insbesondere aufgrund der Nähe zu anderen gewerberechtlichen Vorschriften, könnte auch die Verurteilung zu einer wesentlich geringeren Strafe als ein die Zuverlässigkeit ausschließender Umstand angesehen werden, wie dies z.B. im § 13 Abs. 1 der Gewerbeordnung in der Fassung der Z 23 der Regierungsvorlage einer Gewerberechtsnovelle 1992 vorgesehen ist. Danach soll von der Ausübung eines Gewerbes ausgeschlossen sein, "wer von einem Gericht zu einer drei Monate übersteigenden Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagessätzen verurteilt worden ist". Das Bundesministerium für Justiz sieht zwar eine solche Verurteilung nicht als "schwer" an, doch schließt die EG-Richtlinie die Anlegung eines strengeren Maßstabes an die Verlässlichkeit wohl nicht aus.

Transformiert man somit die allgemeinen, aber doch eindeutigen Vorgaben der EG-Richtlinie in das österreichische Rechtssystem, so würde sich nach Ansicht des Bundes-

- 4 -

ministeriums für Justiz eine der folgenden - dem Bestimmtheitsgebot entsprechenden und auf die inländischen Tilgungsvorschriften Bedacht nehmenden - Fassungen der beiden Bestimmungen empfehlen:

- "1. wegen einer oder mehrerer mit Vorsatz begangener strafbarer Handlungen von einem Gericht zu einer mehr als einjährigen Freiheitsstrafe verurteilt wurde, solange die Verurteilung nicht getilgt ist (§§ 1 bis 5 des Tilgungsgesetzes 1972, BGBl.Nr. 68, in der jeweils geltenden Fassung), oder"

oder

- "1. von einem Gericht zu einer drei Monate übersteigenden Freiheitsstrafe oder zu einer Geldstrafe von mehr als 180 Tagessätzen verurteilt wurde, solange die Verurteilung weder getilgt ist noch der Beschränkung der Auskunft aus dem Strafregister unterliegt (§§ 1 bis 6 des Tilgungsgesetzes 1972, BGBl.Nr. 68, in der jeweils geltenden Fassung), oder".

Zu Z.4 (§ 5 Abs. 8) des Güterbeförderungsgesetzes und
Z. 5 (§ 5a Abs. 4) des Gelegenheitsverkehrs-Gesetzes

Sowohl in § 5a Abs. 4 des GelVerkG als auch in § 5 Abs. 8 des GBefG wird der Begriff "Handelsregister" verwendet. Es wird angeregt, diesen in Entsprechung des Bundesgesetzes über das Firmenbuch BGBl. Nr. 10/1991 durch den Begriff "Firmenbuch" zu ersetzen.

Zu Z.11 (§ 11a Abs. 1 lit.b) des Güterbeförderungsgesetzes

Das Zitat in § 11a Abs. 1 lit.b sollte "§ 31 KartG 1988" und nicht "§ 36 KartG, BGBl. Nr.460/1972" lauten.

- 5 -

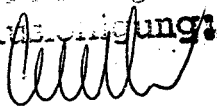
25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme ergehen unter
einem an das Präsidium des Nationalrates.

15. Juli 1992

Für den Bundesminister:

Zetter

Für die Richtigkeit
der Abzeichnung:

A handwritten signature in dark ink, consisting of several loops and a long horizontal stroke, positioned over the text 'der Abzeichnung:'.